

Sachsen fehlen langfristig 93 000 Wohnungen für Senioren

Alten Menschen ist das eigene Zuhause am liebsten. Es ist auch günstiger als ein Pflegeheim.

VON NANCY RIEGEL

Dresden. Noch 15 Jahre Schonfrist, dann wird der Wohnraum für pflegebedürftige Senioren knapp. Das ist das Ergebnis einer Studie des Verbandes der sächsischen Wohnungsbaugenossenschaften (VSWG) in Zusammenarbeit mit der TU Dresden. Der Verband fordert mehr Zuschüsse für barrierefreies Wohnen. Bis Pflegestufe 2 sollen alte Menschen künftig in ihren Wohnungen bleiben können.

Bedingt durch den demografischen Wandel wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen in Sachsen bis zum Jahr 2050 deutlich erhöhen. Um auf diese Entwicklung zu reagieren, müssten zu den derzeit 46 000 Betten jährlich rund 1 000 neue in stationären Einrichtungen geschaffen werden. Das wären schlussendlich 85 000 Plätze. „Laut unserer Berechnung reichen diese aber nicht aus. Zusätzlich benötigt der Freistaat noch einmal 93 000 barrierearme Wohnungen, um alle Pflegebedürftigen unterzubringen“, sagte Axel Viehweger, Vorstand des VSWG.

Dass Menschen im Alter lieber in ihren eigenen Wohnungen bleiben wollen, statt ins Heim zu gehen, ist bekannt. Dass die häusliche Pflege in den meisten Fällen

auch günstiger ist, hat die Studie jetzt ergeben. Unter Leitung von Alexander Karmann, Professor des Gesundheitsökonomischen Zentrums der TU Dresden, wurden Beispielrechnungen mit diversen Pflegestufen und Haushaltsgrößen in Genossenschaftswohnungen angestellt. Mit dem Ergebnis: Fast immer ist eine ambulante Versorgung günstiger als eine stationäre. „Und dabei sind schon alle Kosten für den Umbau und Assistenzsysteme eingeschlossen“, sagte Karmann. Diese Systeme können etwa erkennen, ob der Bewohner vergessen hat, den Herd auszuschalten.

Solche altersgerechten Wohnungen werden zurzeit beim Projekt „Chemnitz +“ getestet. Durch die Modellregion wollen die Genossenschaften herausfinden, wie

Wohnungen umgebaut werden müssen, um Pflegebedürftige optimal zu versorgen. Und inwieweit das Pflegepersonal und die Angehörigen geschult werden müssen. Die Ergebnisse des Projekts, das noch bis 2018 läuft, sollen dann in anderen Regionen Sachsens zum Einsatz kommen.

Die Wohnungsgenossenschaften hoffen, dass die Ergebnisse der Studie ein Umdenken in der Pflegepolitik hervorrufen. Zwar hatte das Innenministerium die Untersuchung in Auftrag gegeben. „Doch die Resultate sind eigentlich auch für das Sozialministerium interessant. Immerhin wird dort über die Zuschüsse für die ambulante Pflege entschieden“, so Viehweger. Ziel ist es, dass die Wohnungen trotz Aufrüstung weiterhin bezahlbar bleiben.